

Antrag

der AfD-Fraktion

Studienplätze für das Lehramtsstudium an der Universität Potsdam aufstocken

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. unverzüglich alle notwendigen Vorkehrungen dahingehend zu treffen, die Kapazitäten für das Lehramtsstudium an der Universität Potsdam so schnell wie möglich von derzeit 900 auf 1600 Plätze auszubauen;
2. bei der Vergabe dieser zusätzlichen Plätze sicherzustellen, dass zunächst jene Bewerber priorisiert werden, die sich auf ein Mangelfach und/oder auf ein Lehramt bewerben, für das bereits heute oder absehbar ein besonders hoher Fachkräftebedarf feststellbar ist;
3. gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren entsprechend angepasst werden.

Begründung:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) geht angesichts steigender Schülerzahlen, der bevorstehenden Verbeamtung von Lehrern im Nachbarbundesland Berlin, der absehbaren Pensionierungswelle von Brandenburger Lehrern sowie der Herausforderungen in Zusammenhang mit der Eingliederung von rund 4000 geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen an den Schulen Brandenburgs von einer deutlichen Verschärfung des Lehrermangels aus.

Die Schwerpunktsetzung des Bildungsministeriums, dem stetig steigenden Engpass an pädagogischen Fachkräften insbesondere durch immer neue Zugangsmöglichkeiten und Anreize für Seiteneinsteiger Herr werden zu wollen, ist keine Antwort auf den Lehrermangel und stellt erst recht keine nachhaltige Strategie zu dessen Bekämpfung dar – im Gegenteil: Denn dadurch wird der klassisch-bewährte Weg in den Lehrerberuf über ein qualitativ hochwertiges und anspruchsvolles Studium mit angeschlossenem Vorbereitungsdienst letztlich infrage gestellt und entwertet; dies umso mehr, wenn fortan selbst Seiteneinsteigern, die lediglich ein Bachelorstudium mit oder ohne Voraussetzung zum Unterrichten in mindestens einem Schulfach vorweisen können, der Weg in die Verbeamtung geebnet werden soll.

Diese einseitige Fokussierung auf die quantitative Behebung des schulischen Fachkräftemangels bei gleichzeitiger Absenkung und offenkundiger Geringschätzung qualitativer Standards und Ansprüche in diesem für die Zukunft der jungen Generationen und des Landes Brandenburg so bedeutsamen Berufsfeld ist schlichtweg inakzeptabel. Im Ergebnis wird nicht nur die Bildungs- und Unterrichtsqualität leiden, sondern das gesellschaftliche Ansehen des Lehrers selbst.

Selbst Maßnahmen, die offenkundig geeignet wären, den Lehrermangel direkt und/oder indirekt abzufedern, werden immer noch ignoriert. So hatte die AfD-Fraktion zuletzt in der 67. Sitzung des Landtages Brandenburg ein umfangreiches Paket aus 16 kurz- und mittelfristigen Maßnahmen (Drucksache 7/5380) vorgelegt, um die Attraktivität des Lehrerberufs im Land Brandenburg durch die umfassende Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen sowie der Gesundheitssituation zu erhöhen. Diese Vorschläge umfassten nicht nur den Abbau von hinlänglich bekannten strukturellen Belastungsfaktoren, mit denen sich Lehrer und Schulleitungen seit Jahren konfrontiert sehen, sondern auch konkrete Anreize, etwa die Einrichtung von Beförderungssämtern bei der Übernahme von Funktionsstellen.

Durch die Annahme dieser Vorschläge hätte ein wertvoller Beitrag geleistet werden können, einerseits neue grundständig ausgebildete Lehrer zu gewinnen und andererseits altgediente Pädagogen an den Schulen zu halten. Da diese Maßnahmen allerdings mehrheitlich abgelehnt wurden, wurde dadurch eine weitere Chance vertan, den Lehrermangel umfassend und vorausschauend zu bekämpfen.

Als langfristige Maßnahme ist der Ausbau der Platzkapazitäten für das Lehramtsstudium an der Universität Potsdam gleichwohl unumgänglich, auch wenn diese erst in acht bis zehn Jahren greifen wird. Gerade deshalb sind die Landesregierung und namentlich das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport aufgerufen, jetzt tätig zu werden und alle hierfür notwendigen Schritte auf den Weg zu bringen.